



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Mittwoch, 21. Dezember 2011



1. Wassereffizienz in Gebäuden

In einem Konsultationsverfahren werden zzt. Informationen über den Wasserverbrauch in Gebäuden und Vorschläge zur Reduzierung ermittelt. Dabei geht die Kommission davon aus, dass 21% des gesamten Wasserverbrauchs auf die öffentliche Wasserversorgung entfallen. Die Konsultation beschränkt sich auf den (privaten) Wasserverbrauch in Wohnhäusern, wo jeder EU-Bürger für Duschen, Baden und andere Hygienemaßnahmen durchschnittlich 160 Liter Wasser pro Tag verbraucht; in Deutschland liegt der Durchschnittsverbrauch derzeit bei 122 Litern pro Einwohner und Tag. Die Konsultation endet am 8.2.2012. Die Ergebnisse werden in die Überlegungen über eine Richtlinie zur Wassereffizienz von Gebäuden einfließen, die die Kommission mehrfach angekündigt hat. Bis dahin wird auch das Ergebnis einer Studie vorliegen, die die Kommission Ende 2010 in Auftrag gegeben hat, um europaweit die Möglichkeiten zur Verbesserung der Wassereffizienz von Gebäuden unter folgenden Aspekten zu ermitteln: Geräte mit Wassereinsparungspotenzial; wassereffiziente Bauweise; Bauplanung und Gebäuderenovierung; Messung der Wassereffizienz von Gebäuden.

Weitere Einzelheiten in der Mitteilung über Wasserknappheit und Dürre vom 31.3.2011; dazu EU-Kommunal 6. Ausgabe 2011 Nr.2.

Die Konsultation (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/consultations/water_efficiency.htm

Eine Stellungnahme des VKU vom 16.11.2011 unter

<http://www.vku.de/service-navigation/bruessel/2011-november/europaeische-kommission-konsultiert-zu-wassereffizienz-in-gebaeuden.html>

Der Kommissionsbericht (13 Seiten) zur Mitteilung über Wasserknappheit und Dürre in der EU vom 31.3.2011 unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0133:FIN:DE:PDF>

2. Erasmus für alle

Die Kommission will die sieben EU- Bildungsprogramme zu einem einzigen Programm „Erasmus for All“ zusammenführen. Davon verspricht sie sich mehr Effizienz, einfachere Antragsverfahren, weniger Doppelarbeit und Synergieeffekte. Für das neue EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport sollen 19 Mrd. EUR (inklusive 1, 8 Mrd. EUR für Maßnahmen mit Drittstaaten) im Zeitraum 2014-2020 zur Verfügung stehen; das wäre eine Steigerung um über 70% gegenüber der aktuellen Förderperiode. Damit soll vor allem die Anzahl der Studien- und Ausbildungsaufenthalte sowie der Freiwilligendienste im Ausland verdoppelt werden. Erste kritische Stimmen zu der durch das neue Programm bedingten Vermischung von vorher zielgruppendifferenzierten Programmen lassen eine kontroverse Diskussion im Parlament und Rat erwarten, zumal das Parlament bereits im Vorfeld des Kommissionsvorschlages gefordert hat (Ziffer 104 der Entschließung vom 8.6.2011 zum mehrjährigen Finanzrahmen), an den Programmen "Jugend in Aktion" und "Lebenslanges Lernen" nicht zu rütteln.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1398&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Erasmus für alle – Häufig gestellte Fragen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/818&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Mitteilung der Kommission vom 23.11.2011 unter

http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/doc/com_de.pdf

Der Entwurf einer Verordnung unter

http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/doc/legal_de.pdf

Weiteres unter

http://ec.europa.eu/education/erasmus-for-all/index_de.htm

3. Kultur-Förderprogramm

Die Kommission hat ein neues Kulturprogramm „Kreatives Europa“ vorgeschlagen, in das die bisherigen Programme Kultur, MEDIA und MEDIA Mundus aufgehen sollen. Die Programmmittel sollen für den Zeitraum 2014-2020 1,8 Milliarden (+ 37%) betragen, davon sind mehr als 900 Mio. EUR für Kino und die Audiovisuelle Branche (AV) und fast 500 Mio. EUR für die Kulturbranche vorgesehen. Die Kultur- und Kreativbranche erwirtschaftete im Jahr 2008 4,5% des Bruttoinlandsproduktes in der EU und beschäftigte rund 3,8% der europäischen Arbeitskräfte (= 8,5 Millionen Menschen). Das Programm und der endgültige Finanzrahmen für 2014-2020 werden von Parlament und Rat entschieden.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1399&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Häufig gestellte Fragen zum Programm "Kreatives Europa" unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/819&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Einzelheiten zur Kultur- und Kreativbranche in der Kommissionsmitteilung unter
http://ec.europa.eu/culture/creative-europe/documents/communication_de.pdf

Der Verordnungsvorschlag unter
http://ec.europa.eu/culture/creative-europe/documents/proposal-regulation_de.pdf

4. Europäischer Rechnungshof

In den Mitgliedstaaten der EU sind 2010 mehr als 4,5 Milliarden Euro fehlerhaft ausgegeben worden; das entspricht einer Fehlerquote von 3,7% der Gesamtausgaben. Zu diesem Ergebnis kommt der EU-Rechnungshof in seinem Jahresbericht 2010. Bei der Fehlerquote handelt es sich nicht um eine Schätzung des Ausmaßes von Betrug, sondern um die Schätzung des Rechnungshofs, inwieweit

- gegen öffentliche Vergabevorschriften verstoßen wurde,
- bei von der EU kofinanzierten Projekten nicht förderfähige Kosten geltend gemacht bzw. Kosten falsch berechnet wurden oder aber
- von Landwirten überhöhte Flächenangaben geliefert wurden.

Presseberichten zufolge wurde von Abgeordneten unter Hinweis auf die seit vielen Jahren unverändert hohe Fehlerquote in bestimmten Mitgliedstaaten ein Zahlungsstopp für die Hauptverantwortlichen Spanien und Italien gefordert.

Der Jahresbericht 2010 (250 Seiten) unter
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/9812748.PDF>

Kurzinformationen (48 Seiten) unter
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/9954733.PDF>

Jahresbericht 2010 - Häufig gestellte Fragen
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/9920730.PDF>

Pressemitteilung der Rechnungshofs unter
<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/9866775.PDF>

Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1332&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Haushaltsüberwachung

Die nationalen Haushalte sollen auf der Grundlage unabhängiger Prognosen aufgestellt und in der Umsetzung von unabhängigen nationalen Gremien überwacht werden. Darüber hinaus sollen die nationalen Haushaltsentwürfe der Kommission jeweils bis zum 15. Oktober vorgelegt werden. Die Kommission soll die Entwürfe überprüfen und ggf. bis spätestens 30.11. Stellung nehmen können, ohne dass ihr allerdings ein Vetorecht eingeräumt wird. Das ist der Kerngehalt eines Verordnungsvorschlags der Kommission vom 23.11.2011, mit dem die

haushaltspolitische Überwachung im Euroraum gestärkt werden soll. Ein weiterer Verordnungsentwurf beinhaltet die verstärkte Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik von Mitgliedstaaten des Euroraums, die bereits Finanzhilfen erhalten oder deren Finanzstabilität beeinträchtigt oder ernsthaft bedroht ist. Die Vorschläge bedürfen der Zustimmung des Parlaments und des Ministerrats.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1381&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Den Verordnungsvorschlag zur Stärkung der Überwachung (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/president/news/documents/pdf/regulation_1_en.pdf

6. Arbeitszeitrichtlinie

Die Sozialpartner wollen die Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie von 2003 selbst in die Hand nehmen. Der Europäische Arbeitgeberverband und der Europäische Gewerkschaftsbund haben sich auf ein nach dem Lissabon-Vertrag mögliches Verfahren geeinigt, dem sog. Sozialpartnerdialog. In diesem Dialogverfahren muss innerhalb von neun Monaten ein gemeinsamer Richtlinienvorschlag dem Rat vorgelegt und von diesem – ohne jede Abänderung – mit einer qualifizierten Mehrheit bestätigt werden. Das Parlament wird lediglich informiert. Wenn das Dialogverfahren erfolglos ist, wird die Kommission eine neue Richtlinie vorlegen. Jetzt ist es die Aufgabe der Sozialpartner, zwischen der Forderung nach mehr Arbeitszeitflexibilität einerseits und nach besserem Schutz gegen zu lange Arbeitszeiten andererseits einen gemeinsamen Lösungsvorschlag zu finden.

Zu den Knackpunkten, die auch für den kommunalen Bereich von großer Bedeutung sind (Gesundheitsdienst und Feuerwehren), zählen u.a. die Regelungen für den Bereitschaftsdienst und die Ausgleichsruhezeiten. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob Ausnahmeregelungen (Opt-outs) vollständig verboten sein sollen. Von vergleichbar hoher Sprengkraft dürfte auch die Frage sein, ob die Anerkennung des Bereitschaftsdienstes zentral auf europäischer Ebene oder branchenspezifisch in den Mitgliedstaaten zwischen den Sozialpartnern auszuhandeln ist. An diesen Fragen ist ein Vorstoß zur Änderung der Richtlinie im Frühjahr 2009 gescheitert. Eine weitere Schlüsselfrage wird auch der arbeitsfreie Sonntag sein, der vom EuGH 1996 gestrichen worden ist, bis dahin aber in der Arbeitszeitrichtlinie von 1993 garantiert war. Presseberichten zufolge ist für den Fall, dass der Sozialpartnervorschlag den Sonntagschutz nicht beinhaltet, bereits jetzt eine Europäische Bürgerinitiative zum Schutz des arbeitsfreien Sonntages angekündigt worden.

Pressemitteilung (Englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/789&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

7. Berufsqualifikation, u.a. Gesundheitspersonal

Die Anerkennung von Berufsqualifikationen soll verbessert werden, insbesondere auch für Fachkräfte im Gesundheitsbereich. Durch eine Beschleunigung des Anerkennungsverfahrens und eine Anpassung an neue Berufsbilder soll für Fachkräfte die Arbeitsaufnahme im EU-Ausland erleichtert werden. Dazu hat das Parlament am 25.11. in einer Entschließung Vorgaben für die Novellierung der Anerkennungs-Richtlinie gemacht. Die Richtlinie aus dem Jahr 2005 enthält Regelungen für etwa 800 Berufsgruppen, mit rund 4700 Berufen und spezielle sieben Berufskategorien, in denen Qualifikationen automatisch anerkannt werden: Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Krankenschwestern, Hebammen, Tierärzte und Architekten. Das Parlament hält eine Verringerung der Anzahl der reglementierten Berufe für notwendig. Des Weiteren wird ein freiwilliger Berufsausweis (siehe auch EU-Kommunal 11. Ausgabe 2011 Nr.2) vorgeschlagen, der die Ausbildung und Berufserfahrung einer Fachkraft dokumentiert. Auch soll es künftig eine gesetzliche Frist geben, innerhalb der über Anträge zur Arbeitsaufnahme von den nationalen Behörden zu entscheiden ist.

Für die im Gesundheitswesen tätigen Fachkräfte soll ein Sonderstatus gelten und im nationalen Zulassungsverfahren künftig die Sprachkenntnisse ggf. getestet werden dürfen, weil die Fähigkeit zur Kommunikation mit Kollegen und Patienten von grundlegender Bedeutung ist. Auch soll durch ein verbessertes Informationssystem verhindert werden, dass Fachkräfte, denen wegen eines Berufsvergehens in ihrem Heimatland die Zulassung entzogen worden ist, im EU-Ausland weiter praktizieren.

Auf der Grundlage der Anerkennungs-Richtlinie sind seit 2007 etwa 100.000 Anerkennungsbeschlüsse gefasst und damit die Mobilität von 85.000 Fachkräften ermöglicht worden, darunter etwa 57.200 Ärzte, Krankenschwestern, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen und Veterinärmediziner. Noch vor Jahresende wird ein Entwurf der Kommission zur Novellierung der Anerkennungs-Richtlinie erwartet.

Die Entschließung des Parlaments vom 25.11.2011 unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0490+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Zum Berufsausweis unter http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/european_professional_card_de.htm

8. Epidemien

Die EU will auf Epidemien besser reagieren können. In ihrem Vorschlag für eine entsprechende gesetzliche Regelung spricht die Kommission ausdrücklich folgende europaweite Epidemien an: H1N1-Pandemie 2009, Vulkanaschewolke 2010 und E. coli-Ausbruch 2011. Bei grenzüberschreitenden biologisch, chemisch oder umweltbedingt verursachten Gesundheitsbedrohungen soll der "europäische Gesundheitsnotfall" erklärt und damit eine schnellere Reaktion ermöglicht werden, u.a. auch durch die zentrale Beschaffung von Impfstoffen und Arzneimitteln. Auch sollen grenzüberschreitende Notfallmaßnahmen angeordnet werden können, wenn bei epidemischer Ausbreitung den Mitgliedstaaten die Eindämmung nicht möglich ist.

Pressemitteilung der Kommission unter
[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1516&format=HTML
 &aged=0&language=DE&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1516&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

Weitere Informationen (Englisch) unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/884>

9. Übergewicht - Erwachsene

Beim Übergewicht der Erwachsenen liegen im EU-Vergleich Deutschland und Österreich im Mittelfeld. Das hat Eurostat im Rahmen der aktuellen Gesundheits-erhebung festgestellt. In Deutschland sind 16,1% der Männer und 15,6% der Frauen übergewichtig; die Österreicher sind mit 12,4% bei den Männern und 13,2% bei den Frauen nach dem Gewicht etwas besser drauf. Spitzenreiter im Leichtgewicht sind die Italiener mit 9,3% übergewichtigen Männern und 11,3% bei den Frauen; aber auch Frankreich kann sich im EU-Vergleich „wiegen“ lassen, mit 11,7% bei den Männern und 12,7% bei den Frauen. Die Tabellenführung im Schwergewicht hat England mit 22,1% der erwachsenen Männer und 23,9% der Frauen über 18 Jahre. Eurostat hat auch festgestellt, dass der Anteil der Übergewichtigen mit dem Alter steigt und dass auch das Bildungsniveau beim Übergewicht insbesondere bei den Frauen zu Buche schlägt. So hatten in Deutschland 16,4% der Männer (Österreich 13,6%) mit niedrigem Bildungsniveau Übergewicht, bei hohem Bildungsniveau waren es 13,1% (Österreich 12,2%) - bei den übergewichtigen Frauen hatten 21,9% (Österreich 20,9%) ein niedriges und 8,8% (Österreich 8,3%) ein hohes Bildungsniveau.

Pressemitteilung von Eurostat mit vielen Einzelheiten unter
[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Overweight_and_obe
 sity - BMI statistics](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Overweight_and_obesity_-_BMI_statistics)

Das Übergewicht wird mit Hilfe des Body-Maß-Index (BMI) für Erwachsene statistisch erfasst. Der BMI ist die Relation zwischen Körpergewicht und –größe eines Menschen. Ein eigener Schnelltest zum BMI unter
[http://www.edeka.de/EDEKA/Content/Ernaehrung/Tools/BMI/index.jsp?kamp=gooad
 wbrandern18](http://www.edeka.de/EDEKA/Content/Ernaehrung/Tools/BMI/index.jsp?kamp=gooadwbrandern18)

10. Beschaffung - umweltfreundlich

Die Kommission hat ihre Handreichung zur umweltfreundlichen Beschaffung aktualisiert. Auf 56 Seiten, bislang leider nur auf Englisch, soll damit den Vergabestellen Hilfestellung bei der Anwendung von umweltfreundlichen Verfahren gegeben werden.

Die Handreichung unter
<http://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/handbook.pdf>

Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass diese Handreichung auch in einer deutschen Ausgabe erscheint, wie das 2005 von der Kommission vorgelegte „Handbuch für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen“ (42 Seiten) unter http://ec.europa.eu/environment/gpp/pdf/buying_green_handbook_de.pdf

Umfassend zur umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffung in Deutschland unter http://www.bmu.de/produkte_und_umwelt/umweltfreundliche_beschaffung/doc/39042.php

11. Breitband

Die EU wird derzeit weder den Breitbandzugang noch eine bestimmte Übertragungsgeschwindigkeit vorschreiben. Damit bleibt Schnelligkeit von Breitbandverbindungen (vorerst) nationale Angelegenheit. Die Breitbandverbindungen werden auch ohne Mindestvorgaben immer schneller. So stieg in der EU die Zahl der Anschlüsse, die Übertragungsgeschwindigkeiten von mehr als 10 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) erreichen, innerhalb eines Jahres von 15% (2009) auf 29% (2010); allerdings erreichen erst 5 % der Anschlüsse eine Durchschnittsgeschwindigkeiten vom 30 Mbit/s und mehr. Die Kommission erklärt den Verzicht auf Vorgaben zur Mindestgeschwindigkeit mit dem Ergebnis der öffentlichen Konsultation und einer Überprüfung des Umfangs des Universaldienstes. Die Kommission wird auch nicht über die Universaldienstrichtlinie die Anbieter von Telekommunikationsleistungen verpflichten, einen Breitbandzugang zu garantieren. Denn das würde in den Mitgliedstaaten mit geringer Breitband-Versorgungsdichte und niedrigeren Einkommensniveaus die Telekom-Branche und die Verbraucher am stärksten belasten. Die Mitgliedstaaten haben jedoch weiterhin die Möglichkeit, das Angebot von Breitbandverbindungen in den nationalen Pflichtenkatalog der Telekomdienstleister aufzunehmen. Dies geschieht in der Regel, wenn die Nutzung der Breitbandtechnologie bereits ausreichend weit verbreitet ist. Gegenwärtig sehen Finnland, Malta und Spanien in ihrem nationalen Recht eine Mindestgeschwindigkeit für Breitbandverbindungen vor. Nach der Digitalen Agenda soll allen EU-Bürgern bis 2013 eine Breitbandgrundversorgung und bis 2020 die Versorgung mit schnellen (30 Mbit/s) und ultraschnellen (100 Mbit/s) Breitbanddiensten garantiert werden.

Pressemitteilung vom 23.11.2011 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1400&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Pressemitteilung der Kommission zur Förderung schneller und ultraschneller Breitbanddienste unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1142&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

12. Netzneutralität

Das offene und neutrale Internet soll garantiert bleiben (Netzneutralität). Das bedeutet im Ergebnis, dass die Internetanbieter alle Daten gleichberechtigt und unverändert übertragen müssen. In der Praxis wird aber die Gefahr gesehen, dass Wettbewerber aus dem Markt gedrängt werden, z.B. durch die gezielte Verlangsamung der Übertragung von Fernsehen oder Videos über das Internet oder durch das Verhindern der kostenlosen Internettelefonie durch Mobilfunkanbieter. Das Parlament fordert daher die sorgfältige Überwachung der Methoden bei der Internetverwaltung. Ausdrücklich begrüßt wird die Entscheidung der Kommission, durch die GEREK (Gremium Europ. Regulierungsstellen für elektronische

Kommunikation) u.a. Folgendes untersuchen zu lassen: Hemmnisse beim Anbieterwechsel, Sperrung oder Drosselung des Datenverkehrs, Surfgeschwindigkeiten sowie die Transparenz in den Mitgliedstaaten. Das Parlament hält den Erlass von Leitlinien für vorteilhaft, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Telekommunikationspakets zur Netzneutralität durchgesetzt werden.

Mit dieser Entschließung reagiert das Parlament auf Probleme, die sich aus dem enormen Anwachsen der Datenmenge im Internet ergeben. SmartPhones, Up- und Download von Radio- und Fernsehprogrammen, Musik, Videos und Internet-telefonie verursachen eine gewaltige Steigerung der Internetaktivitäten und können zu Netzwerküberlastungen bis hin zur Überschreitung der Belastungsgrenze führen; siehe nachfolgenden Beitrag „Internetverstopfung“. Vor diesem Hintergrund wird eine zusätzliche Regulierung auf europäischer Ebene zur Gewährleistung der Netzneutralität für erforderlich gehalten, sollten sich insoweit neue bzw. ungelöste Probleme aus den Untersuchungen der GEREK ergeben. Die GEREK-Studie soll Ende 2011 veröffentlicht werden.

Entschließung des Parlaments vom 17.11.2011 unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0511&language=DE&ring=B7-2011-0572>

Mitteilung der Kommission vom 19.4.2011 zum offenen und neutralen Internet unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0222:FIN:DE:HTML>

Pressemitteilung der Kommission vom 19.4.2011 unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/486&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

13. Internetverstopfung

Staus im Internet sollen vermieden werden. Das ist das Ziel des von der EU mit 5,9 Millionen IKT-Forschungsgeldern geförderten Projekt TRILOGY. Das mit dem „Future Internet Award“ ausgezeichnete Projekt hat Verfahren zur Steuerung des Datenverkehrs entwickelt, mit denen Staus an Netzengpässen, d.h. Verstopfungen im Internetverkehr, minimiert werden können. Die Kapazität des Internets ist nicht grenzenlos. Der Internetverkehr hat bisher ungesehene Dimensionen erreicht. Allein auf YouTube werden täglich drei Milliarden Kurzfilme angeschaut und jede Minute Videos mit einer Gesamtlänge von zwei Tagen hochgeladen. Durch die große Nachfrage werden die Breitbandnetze bis hin zur Überlastungsgrenze beansprucht – ein Problem, das nicht nur rein theoretischer Natur ist. So wurde in den USA schon laut über die Option nachgedacht, dass in Fällen völliger Netzwerküberlastungen die Netzverwalter private Netzzugänge blockieren zumindest bremsen könnten, bis hin zur Abschaltung ganzer Stadtteile. Natürlich wäre das ohne eine eindeutige gesetzliche Grundlage ein Verstoß gegen die Netzneutralität; siehe dazu vorstehenden Beitrag zur Netzneutralität. Auch vor diesem Hintergrund sind erfolgreiche Forschungen und Entwicklungen gegen einen Internetinfarkt von allergrößter Bedeutung.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1294&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zum Future Internet Award unter <http://www.cefims.eu/fiaward/>

14. Mathematik und Naturwissenschaften

Die Schülerleistungen in Mathematik und in den Naturwissenschaften müssen gesteigert werden. Zu diesem Ergebnis kommen zwei aktuelle Studien zum Schulunterricht in der EU in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern. Angesichts der schlechten PISA-Ergebnisse hatten sich die EU-Mitgliedstaaten das Ziel gesteckt, den Anteil der Schüler mit Schwierigkeiten in Mathematik und Naturwissenschaften bis 2020 auf unter 15% zu senken. Und nun die ernüchternde Feststellung: Nur 5 europäische Länder (England, Italien, Niederlande, Irland und Norwegen) haben sich konkrete nationale Ziele gesetzt, um das Leistungsniveau in Mathematik zu heben. Nur acht Länder (Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Niederlande, Österreich, England und Norwegen) haben allgemeine Strategien zur Förderung der naturwissenschaftlichen Fächer, in denen es um Lehrpläne, Lehrmethoden und Weiterbildung für Lehrkräfte geht. In den Studien wird geschlussfolgert, dass bei der Überarbeitung der Lehrpläne für Mathematik und Naturwissenschaften zwar schon viel erreicht wurde, jedoch die Lehrkräfte, die die Änderungen umsetzen müssen, immer noch nicht in ausreichendem Maße unterstützt werden.

Die ausführliche Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1358&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

Studie „Naturwissenschaftlicher Unterricht in Europa“ (Englisch, 167 Seiten) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/133EN.pdf

Eine Kurzfassung (Deutsch) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/133DE_H1.pdf

Studie „Mathematikunterricht in Europa“ (Englisch 184 Seiten) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/132EN.pdf

Eine Kurzfassung (Deutsch) unter

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/132DE_H1.pdf

Druckausgaben der Studien sind ab Dezember 2011 auf Englisch, später auch auf Deutsch und Französisch erhältlich.

15. Europa College

Für das Studienjahr 2012 / 2013 am Europa College sind Bewerbungen bis zum 16.01.2012 möglich. Das College of Europe ist das älteste und renommierteste Institut für postgraduierte „European Studies“ in Europa. Die Lehre am Europa College gilt als erstklassig und ausgesprochen praxisorientiert. Die Professoren kommen aus der Wissenschaft, Verwaltung und Privatwirtschaft. Dabei ist der Lehrkörper so international wie die Studentenschaft.

Seit 1949 führt das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland die Auswahl und Betreuung der deutschen Studierenden am Europa College durch.

Weitere Einzelheiten zu den Studiengängen, Bewerbungsverfahren, Stipendien und Auswahlverfahren unter

<http://www.europaeische-bewegung.de/aktivitaeten-projekte/college-of-europe-bruegge-natolin-studium-stipendien/>

16. Elektroautos

Die Kommission hat mit den USA und Japan eine engere Zusammenarbeit bei der Normierung für Elektrofahrzeuge vereinbart. Im Mittelpunkt einer weltweiten Angleichung der Standards stehen Sicherheitsaspekte von Elektrofahrzeugen und ihrer Bauteile, einschließlich des Akkus. Insbesondere geht es auch um den Schutz der Fahrzeuginsassen vor elektrischen Schlägen im Betrieb, beim Laden der Autobatterie und nach Unfällen. Es wird davon ausgegangen, dass durch angegliche Vorschriften die Herstellungskosten gesenkt werden und dadurch die Einführung von Elektroautos beschleunigt wird.

Die Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1362&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

17. Natura-2000

Das Natura-2000-Netz ist um gut 18.000 Quadratkilometer erweitert worden.

Dabei ist die Aufnahme von 17.000 Quadratkilometern Meeresgebiete der Löwenanteil am Zuwachs. Natura 2000 umfasst fast 18% der Landfläche der EU und über 145.000 Quadratkilometer der Meeresfläche. Natura-2000 ist ein Netz von Schutzgebieten, bestehend aus besonderen Schutzgebieten nach der FFH-Richtlinie sowie besonderen Schutzgebieten nach der Vogelschutz-Richtlinie. Natura 2000 ist das Herzstück von Europas Kampf gegen den Verlust der biologischen Vielfalt.

Pressemitteilung vom 21.11.2011 unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1376&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die deutschen Gebiete von Natura 2000 können im Ordner „Kontinentale Regionen“ abgerufen werden unter

http://circa.europa.eu/Public/irc/env/natura_2000/library?l=/candidate_importance/bio_geographical/continental&vm=detailed&sb=Title

Näheres zur Ausweitung des Netzes (Englisch MEMO/11/809) unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/806&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

18. Baumschädlinge

Die Bekämpfung von bestimmten Baumschädlingen wird von der EU finanziell unterstützt. Dafür stehen 19 Mio EUR bereit. Für Deutschland stehen Finanzmittel zur Bekämpfung von zwei neu aufgetretenen Käferarten (Laubholzbockkäfer und Citrusbockkäfer) zur Verfügung, die u.a. Weiden, Pappeln, Ahorn und Obstbäume befallen und in kurzer Zeit zum Absterben bringen.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1353&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

19. Zuwanderungsportal

Das EU-Zuwanderungsportal enthält Informationen für Nicht-EU-Bürger, die in die EU ziehen wollen. Die neue Website richtet sich auch an Zuwanderer, die bereits in der EU leben und innerhalb der EU umziehen möchten. Das englischsprachige Portal enthält die erforderlichen Informationen aus allen Mitgliedsländern. Aufgeklärt wird u.a., ob zur Einreise in die EU ein Visum benötigt wird, über die Möglichkeiten legaler Zuwanderung und über die Risiken illegaler Zuwanderung. Über direkte Links wird zu den Internetseiten nationaler Zuwanderungsbehörden weitergeleitet.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1370&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EU-Zuwanderungsportal (Englisch) unter

<http://ec.europa.eu/immigration>

20. Kauf-Vertragsrecht

Das einheitliche Europäische Kaufvertragsrecht stößt auf erhebliche Bedenken. Unter Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip hat der Bundestag am 1.12.2011 die einschlägige Kommissionsinitiative (siehe unter EU-Kommunal 10. Ausgabe 2011 Nr.9) einstimmig zurückgewiesen. In seiner ablehnenden Entschließung stellt der Bundestag auch das Fehlen einer aussagekräftigen Folgekostenschätzung fest. Eine EU-Regelung zum Kaufrecht müsse die zu erwartenden rechtlichen Konsequenzen und die faktischen Auswirkungen auf den Markt sowie auf die Verbraucher sorgfältig untersuchen, was vorliegend nicht der Fall gewesen ist. Für den Fall, dass die Subsidiaritätsrüge des Bundestags keine Wirkungen zeigt, besteht Presseberichten zufolge die Absicht, den Entwurf durch Klage vor dem EuGH zu stoppen.

Bundestagsdrucksache 17/8000 vom 30.11.2011 unter
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/080/1708000.pdf>

Pressemitteilung über die Expertenanhörung im Bundestag unter
http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_11/2011_475/02.html

Der Verordnungsentwurf (131 Seiten) unter
http://ec.europa.eu/justice/contract/files/common_sales_law/regulation_sales_law_de.pdf

21. Alternative Streitbeilegung

Vertragsstreitigkeiten zwischen Unternehmen und Verbrauchern sollen künftig schnell und außergerichtlich gelöst werden. Das sieht ein von der Kommission vorgelegtes Maßnahmenpaket vor, das EU-weit verbindliche Regeln zur alternativen Streitbeilegung für konventionelle und Online-Geschäfte enthält. Dabei spielt es keine Rolle, um welche Ware oder Dienstleistung es geht und wo das Rechtsgeschäft in der EU zu Stande gekommen ist. Für Online-Geschäfte in einem anderen EU-Land soll die Streitbeilegung über eine einheitliche, noch zu entwickelnde, Online-Plattform erfolgen. Streitbeilegungsstellen sollen einen Streit innerhalb von 90 Tagen und im Online-Handel innerhalb von 30 Tagen erledigen. Auf nationaler Ebene kann bestimmt werden, dass die Unternehmer zur Teilnahme an Streitbeilegungsverfahren verpflichtet werden und die Entscheidungen bindend sind. Neben einer Mitteilung enthält das Paket einen Richtlinienentwurf für konventionelle und einen Verordnungsentwurf für Online-Geschäfte. Nach Erhebungen der Kommission hatte 2010 jeder fünfte europäische Verbraucher Probleme beim Erwerb von Waren oder Dienstleistungen. Erste Reaktionen aus dem parlamentarischen Bereich sind positiv, so dass mit einer zügigen Beratung im Parlament und Rat und einer Verabschiedung Ende 2012 gerechnet werden kann.

Pressemitteilung der Kommission unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1461&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Fragen und Antworten zur alternativen Streitbeilegung unter
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/840&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=en>

22. Reiseplaner

Die Kommission sucht den besten elektronische Reiseplaner, der nicht an nationalen Grenzen Halt macht und alternative Verkehrsmittel anbietet. Zur Auswahl stehen 12 Reiseplaner, die diese Anforderungen an die grenz- und verkehrsmittelübergreifende Benutzbarkeit erfüllen. Bis zum 13. Januar können jetzt Bürger, Unternehmen und Organisationen darüber abstimmen, welche Angebote am Besten geeignet sind, Reisen quer durch Europa mit verschiedenen Verkehrsmitteln samt Umsteigeverbindungen zu planen, einschließlich der Buchung der erforderlichen Beförderungsdokumente. Die Webseite www.eujourneyplanner.eu enthält eine Karte der 12 Reiseplaner, die zur elektronischen Abstimmung gestellt werden, sowie eine

vollständige Liste aller 50 Reiseplaner und Ideen, die zu diesem Wettbewerb eingereicht wurden.

Die Pressemitteilung der Kommission unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1500&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

23. Arbeitsprogramm

Die Kommission hat das Arbeitsprogramm für 2012 vorgelegt. Das Programm gibt Aufschluss hinsichtlich der Themen, die im kommenden Jahr – jenseits von Krisengipfeln – die Brüsseler Agenda bestimmen werden. Das jährliche Arbeitsprogramm ist daher ein Schlüsseldokument für die Planung der europäischen Institutionen.

Das Arbeitsprogramm 2012 (13 Seiten) unter http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2012_de.pdf

Die Anhänge zum Arbeitsprogramm (51 Seiten) unter http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/cwp2011_annex_de.pdf

Die Ablaufpläne unter http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/roadmaps_2012_en.htm

24. Aktionstage Politische Bildung

Die Aktionstage Politische Bildung finden auch 2012 vom 5. bis 23. Mai in Deutschland und Österreich statt. Bei den Aktionstagen handelt es sich nicht um eine eigenständige Veranstaltung, sondern sie stellen einen Rahmen für viele einzelne Veranstaltungen dar. Als zentrale Veranstaltung in Deutschland findet ein Kongress mit dem Thema "Partizipation" vom 21.-23.05.2012 in Berlin statt.

Weitere Einzelheiten unter <http://www.bpb.de/veranstaltungen/V4LKMK>

25. EuGH - Benutzerportal

Der Europäische Gerichtshof hat ein Benutzerportal eingerichtet. Über das Portal „e-Curia“ können alle Schriftsätze auf elektronischem Weg über eine sichere Verbindung ausgetauscht werden. Einer Übermittlung in Papierform und der Vorlage beglaubigter Abschriften der Schriftstücke bedarf es nicht mehr. Um e-Curia nutzen zu können, muss die Eröffnung eines Zugangskontos beantragt werden.

Das dafür erforderliche Formular unter <https://curia.europa.eu/e-Curia>

Pressemitteilung des EuGH vom 23.11.2011 unter <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-11/cp110125de.pdf>

26. Energiesparen

Die Kommission hat einen Wettbewerb zum Thema Energiesparen an Schulen ausgeschrieben. Der „U4energy-Wettbewerb“ richtet sich an Grund- und weiterführende Schulen aus ganz Europa. Beiträge können ab April 2012 von Klassenlehrern bis zum 16. Mai 2012 über ein Online-Formular eingereicht werden.

Einzelheiten zum Wettbewerb unter
<http://www.u4energy.eu/web/guest/home>

27. Aktives Altern

Die Auftaktveranstaltung zum „Jahr für aktives Altern“ findet am 06. Februar 2012 in Berlin statt. Präsentiert und diskutiert werden an diesem Tag im dbb Forum (10117 Berlin, Friedrichstraße 169/170) die Ziele des Europäischen Jahres, die Umsetzung in Deutschland sowie Rahmenbedingungen zur Gestaltung des Jahres für aktives Altern 2012. Der Tag wird durch Impulsreferate und Foren sowie einen „Markt der Möglichkeiten“ gestaltet.

Weitere Informationen info@ej2012.de und www.ej2012.de

28. Parlament – Webseite

Die Webseite des Parlaments ist neu gestaltet worden. Die Seite startet jetzt mit einer Portalseite, die direkten Zugang zu den wichtigsten Inhalten ermöglicht. Darunter finden sich die neuesten Nachrichten der Online-Redaktion, Videos und Twitter-Nachrichten des EU-Parlaments. Die Rubrik "EPTV" besteht aus der bisherigen Video-Nachrichtenseite EuroparlTV und den Video-Übertragungen von Parlaments- und Ausschusssitzungen und wichtigen Veranstaltungen.

Die Webseite unter
<http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00b3f21266/At-your-service.html>